

Der Klimawandel hat weitreichende Auswirkungen auf Österreichs Gemeinden. Er beeinflusst alle Bereiche unseres Kultur-, Wirtschafts- und Naturraums. Um den Folgen des globalen Wandels auf kommunaler Ebene zu begegnen, Risiken zu minimieren und Chancen zu nutzen, stehen Gemeinden eine Reihe von Maßnahmen und Handlungsoptionen in den unterschiedlichen Sektoren zur Verfügung.

## Auswirkungen des Klimawandels auf den Sektor Raumplanung

Die örtliche und überörtliche Raumordnung wird in Österreich durch die Gesetzgebung der Länder gesteuert, ihr Vollzug jedoch erfolgt auf kommunaler Ebene. Gemeinden obliegt die Kompetenz, mittels örtlichem Entwicklungskonzept sowie Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen die Anpassung an den Klimawandel entscheidend voranzutreiben bzw. direkt zu gestalten und anzugehen.<sup>1</sup>

Die Anpassung an den Klimawandel wird erst seit kurzer Zeit explizit in den Agenden der Raumordnung mitberücksichtigt. Schon klassische Raumordnungsziele, wie die Sicherung bzw. sorgsame Verwendung natürlicher Lebensgrundlagen oder der sparsame Flächenverbrauch, sind allerdings bedeutsam für die Anpassung an den Klimawandel. Zukünftig gilt es in besonderem Maß mitzudenken, dass Folgen des Klimawandels die Entwicklung und Nutzung von Flächen beeinflussen können. Schließlich bestimmt das jeweils vorherrschende Klima die Eignung von Flächen für bestimmte Nutzungen.<sup>1</sup>

Raumplanung ist ein Querschnittsthema. Daher ist es hier von besonderer Relevanz, sektorübergreifend zu agieren. Auswirkungen des Klimawandels auf z. B. Tourismus oder Biodiversität betreffen auch die Raumplanung.<sup>1</sup>

## Naturgefahren nehmen zu und gefährden Siedlungsgebiete

Temperaturanstieg, veränderte Niederschlagsverteilung und -intensität sowie häufigere Extremwetterereignisse beeinflussen die Naturgefahrensituation in Österreich. Lokale Hochwasserereignisse, Überschwemmungen, Muren oder Hangrutschungen gefährden Siedlungsgebiete und Infrastrukturen. Die Verwundbarkeit und das Schadenspotential werden zusätzlich durch die Ausdehnung von Siedlungsflächen und Wertsteigerungen im Bestand erhöht.<sup>1</sup> Die Risikoabschätzungen der veränderten Naturgefahren müssen künftig als wesentliche Planungsgrundlage eingehen.<sup>2</sup>



©alpS: Gefahrenzonenplan der Stadt Lienz.

### Medieninhaber und Herausgeber:

BUNDESMINISTERIUM FÜR NACHHALTIGKEIT UND TOURISMUS | Stubenring 1, 1010 Wien | [bmtt.gvat](http://bmtt.gvat)  
sowie die Länder: BURGENLAND, KÄRNTEN, NIEDERÖSTERREICH, OBERÖSTERREICH, SALZBURG, STEIERMARK, TIROL, VORARLBERG und WIEN  
Text u. Redaktion: Daniela Hohenwaller-Ries, Kathrin Schwab, Hanna Krimm und Tobias Huber (alpS); Martina Offensteller und Andrea Prutsch (Umweltbundesamt GmbH)  
Grafik: awdesign.at | © alpS/Umweltbundesamt

## Hitzebelastung in dicht bebauten Gebieten steigt

Zunehmender Hitzestress mit negativen Folgen für das Wohlbefinden und die Gesundheit der Bevölkerung in urbanen und dicht bebauten Gebieten stellt die Raumordnung vor neue Herausforderungen.<sup>1</sup> Neben ökologischen Aspekten ist das Zusammenwirken der unterschiedlichen Grünräume von Städten für die Kaltluftproduktion und deren Verteilung wichtig. Das Verbinden von Kaltluftproduktionsflächen mit dicht bebauten Stadtgebieten, insbesondere deren Vernetzen entlang der Hauptwindrichtungen, fördert die innerstädtische Durchlüftung. Durch vorsorgende Stadtplanung kann der Überhitzung entgegengewirkt werden. Um Hitzeinseleffekte zu vermeiden, sind besonders Grün- und Wasserflächen, die Gestaltung der Fassaden, Dächer und Innenhöfe von Gebäuden sowie Maß-

nahmen für die städtische Luftzirkulation von großer Bedeutung.<sup>2</sup> Hier haben Gemeinden direkte Möglichkeiten, Anpassungen auf vielen weiteren Ebenen vorzunehmen, wie zum Beispiel in den Sektoren Bauen und Wohnen, Energiewirtschaft oder Gesundheit.

## Nutzungskonflikte nehmen zu

Raumwirksame Risiken von Klimawandelfolgen gepaart mit zunehmenden Raumansprüchen der Gesellschaft führen zur Verknappung von Flächen. Besonders in alpinen Bereichen Österreichs, wo Dauersiedlungsraum ohnehin begrenzt ist, sind flächenintensive Entwicklungen (z. B. Flächenbebauung) in Zukunft nur bedingt möglich. Dadurch sind Nutzungskonflikte, z. B. zwischen Energieaufbringung, Gewerbe, Wasserkraft, Tourismus, Landwirtschaft und Siedlungen, vorprogrammiert.<sup>1</sup>



Die Verknappung von Bauflächen wird zukünftig Nutzungskonflikte mit sich bringen und eine Herausforderung für die Anpassung darstellen.

1. BMLFUW (2012): Die österreichische Strategie zur Anpassung an den Klimawandel, Teil 2: Aktionsplan. Wien.

2. APCC (2014): Österreichischer Sachstandsbericht Klimawandel 2014 (AAR14). Austrian Panel on Climate Change (APCC). Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaft, Wien.